Vorlage Nr. 086/16

Betreff: **Sachstandsbericht SGB II - Entwicklung und Tendenzen**

Status: **öffentlich**

Beratungsfolge

Sozialausschuss	15.03.2016	Berichterstattung durch:	Herrn Gausmann					
TOP	Abstimmungsergebnis					z. K.	vertagt	verwiesen an:
	einst.	mehrh.	ja	nein	Enth.			

Betroffenes Leitprojekt/Betroffenes Produkt

Produktgruppe 220 Leistungen zur Grundversorgung

Finanzielle Auswirkungen

Ja Nein
 einmalig jährlich einmalig + jährlich

Ergebnisplan				Investitionsplan	
Erträge	€			Einzahlungen	€
Aufwendungen	€			Auszahlungen	€
Verminderung Eigenkapital	€			Eigenanteil	€

Finanzierung gesichert

Ja Nein
 durch

Haushaltsmittel bei Produkt / Projekt
 sonstiges (siehe Begründung)

Beschlussvorschlag/Empfehlung:

Der Sozialausschuss nimmt den Sachstandsbericht SGB II - Entwicklung und Tendenzen zur Kenntnis

Begründung:

Der Sachstandsbericht hat das Ziel, die Mitglieder des Ausschusses über die Entwicklung und die Tendenzen im SGB II zu informieren. Insbesondere soll fortlaufend informiert werden über die Entwicklung seit der kreisweiten Neuorganisation ab 01.01.2011.

Sachdarstellung:

1. Entwicklungen

Seit Einführung des Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) zum 01.01.2005 wurde in den Sitzungen des Sozialausschusses fortlaufend über die Umsetzung des SGB II im Kreis Steinfurt berichtet.

Mit Wirkung ab 01.01.2011 hat der Kreis Steinfurt eine neue Organisation des SGB II vorgegeben. Seitdem sind sämtliche aktive Leistungen (Integration in Arbeit, Maßnahmebesetzung, Arbeitsgelegenheiten) in die Zuständigkeit der Jobcenter Kreis Steinfurt AöR (früher GAB AöR) gelangt und die Kommunen sind für die passiven Leistungen (reines Leistungsrecht) zuständig.

Auf den beiliegenden Jahresbericht 2015 des Jobcenter Kreis Steinfurt wird verwiesen (Anlage 1, Seiten 1-22). Der Jahresbericht stellt umfangreich die Entwicklungen auf Kreisebene dar.

Nachfolgende Tabellen geben einen Überblick zu den Entwicklungen ab September 2011 in der Stadt Rheine. Es handelt sich jeweils um monatliche Daten nur für den September des Jahres:

Stichtag	30.09. 2011	30.09. 2012	30.09. 2013	30.09. 2014	30.09. 2015
Bedarfsgemeinschaften (BG)	2.782	2.722	2.873	2.930	2.979
Erwerbsfähige Leistungsberechtigte insgesamt	3.831	3.730	3.854	3.923	4.003

Stichtag	30.09. 2011	30.09. 2012	30.09. 2013	30.09. 2014	30.09. 2015
Erwerbsfähige Leistungsberechtigte unter 25 Jahre	865	841	818	840	827
Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte in der Bedarfsgemeinschaft	1.664	1.611	1.742	1.858	1.938
Arbeitslosengeld/ Sozialgeld u.a. (Bundesanteil) in €	983.350	973.965	1.061.803	1.134.653	1.173.497
Kosten der Unterkunft u.a. (Kommunaler Anteil) in €	916.970	908.517	978.846	1.076.400	1.111.730

Anmerkung:

Aufgrund bundesweiter Anwendung der sogenannten T-3 Auswertung werden hier die Kennzahlen für September 2015 angeführt. Valide Kennzahlen liegen für den Monat Dezember 2015 noch nicht vor.

Quelle: Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende der Bundesagentur für Arbeit

Belastbare Begründungen für die Entwicklung der stichtagbezogenen Kennzahlen sind insgesamt kaum anzuführen. Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften hat sich stichtagbezogen in 2012 leicht reduziert, dies kann darin begründet sein, dass zunächst nach Wegfall des städtischen Fallmanagements die Anzahl der VermittlerInnen aufgestockt wurde und entsprechend mehr Integrationen in weitgehend bedarfsdeckende Erwerbstätigkeit erfolgten. Ab 2013 jedoch ist der Trend gegenläufig; die Zunahme von Leistungsfällen geht dann konsequenterweise einher mit der Entwicklung der kommunalen Kosten. Die Finanzierungssystematik im SGB II reduziert bei Erzielung von Einnahmen zunächst die Kosten des Bundes (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) und erst danach die kommunalen Kosten (Kosten der Unterkunft).

2. Bildungs- und Teilhabepaket

Das zum 01.04.2011 eingeführte Bildungs- und Teilhabepaket hat sich etabliert. Seine Leistungen sind in den §§ 28, 29 SGB II verankert. Das „Bildungs- und Teilhabepaket“ hat das Ziel, Kinder und Jugendliche aus Familien mit geringem Einkommen zu fördern und zu unterstützen. Sie sollen nicht von Kultur, Sport und Freizeit, Mittagessen, Ausflügen und Klassenfahrten, Schülerfahrtkosten und Lernförderung ausgeschlossen sein, nur weil das Geld nicht reicht.

Ab dem 01.04.2011 können diese Kinder und Jugendlichen z. B. bei Ausflügen und Ferienfreizeiten mitfahren, Sport- und Musikangebote nutzen, bei Bedarf Nachhilfe bekommen oder am gemeinsamen Mittagessen in der Schule, der Kindertageseinrichtung, dem Hort oder bei der Tagesmutter teilnehmen.

Eine Erfassung der Leistungen durch den Kreis Steinfurt für die Stadt Rheine hat für 2012 bis 2015 nachfolgende Ergebnisse erbracht:

Jahreswerte - Geförderte Kinder nach Leistungsart						
	Schulausflüge, mehrtägige Klassenfahrten	Persönlicher Schulbedarf	Schüler beförderung	Lern-förderung	Gemein-sch. Mittags-verpfle-gung	Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben
2012	653	2.004	1	59	1.524	724
2013	968	2.196	2	164	1.608	772
2014	922	2.217	6	201	1.550	809
2015*	931	2.069	3	284	1.568	720

*Quelle: Interne Auswertung des Kreis Steinfurt aus Januar 2016 – enthalten sind nur die bisher durch die Träger abgebuchten Leistungen. Die Angaben für 2015 sind daher nicht endgültig.

3. Struktur der Leistungsempfänger

Erwerbstätige Arbeitslosengeld II-Bezieher werden definiert als erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb), die einen laufenden Leistungsanspruch (vor Sanktion) in der Grundsicherung für Arbeitsuchende haben und gleichzeitig Bruttoeinkommen aus abhängiger und/oder selbständiger Erwerbstätigkeit beziehen. Synonym kann auch die Bezeichnung „Erwerbstätige Leistungsbezieher in der Grundsicherung für Arbeitsuchende“ verwendet werden.

In der öffentlichen Diskussion wie auch in der Presseberichterstattung wird in diesem Zusammenhang häufig der Begriff „Aufstocker“ verwendet, der aus zwei Gründen unpräzise bzw. sogar verfälschend ist. Zum einen werden die Parallelbezieher von Arbeitslosengeld I nach dem SGB III und Arbeitslosengeld II nach dem SGB II zum Teil ebenfalls als Aufstocker bezeichnet. Zum anderen impliziert der Begriff „Aufstocker“ in Bezug auf Einkommen (möglicherweise), dass etwas Größeres (das Einkommen aus Erwerbstätigkeit) durch etwas Kleineres (Arbeitslosengeld II) „aufgestockt“ wird. Aus diesem Grund werden die sog. „Aufstocker“ häufig gleichgesetzt mit Vollzeitbeschäftigten, deren Lohn nicht ausreicht um auf dem soziokulturellen Existenzminimum leben zu können. Das ist aber nur eine mögliche Variante. In der Mehrzahl der Fälle wird das Arbeitslosengeld II durch Erwerbseinkommen ergänzt und somit der Leistungsanspruch verringert. Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit spricht deshalb neutral von erwerbstätigen Arbeitslosengeld II-Beziehern.

Eine interne Auswertung durch den Kreis Steinfurt zum 30.09.2015 hat nachfolgendes Ergebnis hinsichtlich ergänzender SGB II-Leistungen erbracht:

Personen mit Erwerbseinkommen	1.282
davon mit Einkommen (Brutto) bis 450 €	671
davon mit Einkommen (Brutto) über 450 €	611
Personen mit Einkommen aus selbständiger Tätigkeit	77
davon mit Gewerbebetrieb	54
davon ohne Gewerbebetrieb	23
Personen mit Bezug von Arbeitslosengeld I	103
Personen mit Bezug einer Rente	266
davon mit einer Erwerbsminderungsrente (alle)	186
davon mit sonstigen Renten (Witwen-, Waisenrente...)	80

4. Finanzierungsregelungen

Die Kostenbeteiligung der Städte und Kommunen beträgt gemäß Delegationssatzung ab dem Jahr 2011 50 %, nachdem zuvor ab 2008 eine jährliche stufenweise Anhebung erfolgte (33%, 40%, 40%).

Auf Antrag der Stadt Rheine, ab dem Jahr 2012 eine Härteausgleichsregelung in die Delegationssatzung aufzunehmen, hat der Kreis Steinfurt die Gespräche mit den kreisangehörigen Kommunen aufgenommen. Nach vorheriger Analyse der vorangegangenen vier Jahre ist es nach Auffassung des Kreises Steinfurt unstrittig, dass erhebliche strukturelle Unterschiede bestehen. Mit Satzung vom 18.12.2012 hat der Kreis Steinfurt mit Wirkung ab 2012 nachfolgende Härteausgleichsregelung getroffen:

1. Gemäß § 5 Abs. 5 Satz 3 AG SGB II werden für das Bestehen erheblicher struktureller Unterschiede im Kreisgebiet für einzelne Kommunen folgende Kriterien festgelegt:

- SGB II-Quote
- Gesamt-Arbeitslose pro Einwohner
- SGB II-Arbeitslose pro Einwohner
- SGB II-Kosten pro Einwohner

Erhebliche strukturelle Unterschiede im Kreisgebiet werden für die Städte und Gemeinden festgestellt, in denen mindestens zwei der o.a. vier beschriebenen Werte in mindestens drei der vorausgegangenen vier Kalenderjahre um mindestens 25 % vom Kreisdurchschnitt negativ abweichen.

2. Eine erhebliche finanzielle Härte wird für die Städte und Gemeinden festgestellt, die aufgrund erheblicher struktureller Unterschiede gegenüber dem Kreisgebiet um mehr als 15% höhere Aufwendungen haben, als wenn

die SGB II-Gesamtkosten vollständig über die Kreisumlage finanziert wären.

3. Ein Ausgleich der finanziellen Härte erfolgt, indem im Rahmen der Abrechnung der Kostenbeteiligung die Mehrbelastung der betroffenen Städte und Gemeinden auf 15 % begrenzt wird. Die Entlastungsbeträge werden im Rahmen der Abrechnung auf die anderen Städte und Gemeinden im Verhältnis ihrer Beteiligung an der Kreisumlage verteilt.

Die Stadt Rheine hat gegen diese Härteausgleichsregelung am 12.02.2014 Klage erhoben. Das Verfahren ist weiterhin beim Verwaltungsgericht Münster anhängig.

Entwicklung der kommunalen Aufwendungen 2011 bis 2015:

Jahr	Kommunale Gesamtaufwendungen nach Entlastung Bund und Wohngeld in €	davon Kostenbeteiligung 50% in €	abzgl. Härteausgleich in €	verbleibende Aufwendungen Stadt Rheine in €
2011	7.669.470	3.834.735	ohne	3.834.735
2012	6.917.797	3.458.898	- 35.047	3.423.851
2013	7.552.027	3.776.013	- 40.228	3.735.725
2014	8.135.767	4.067.883	- 76.664	3.991.219
2015	8.226.208	4.113.104	- 59.515	4.053.589

Anlagen:

Jahresbericht2015 des Jobcenter Kreis Steinfurt